



ZAUNKÖNIG 2019/ 06

Liebe Leserinnen und Leser,

mit neuen Hitzerekorden für den Monat Juni schließen wir das erste Halbjahr ab. Auch in anderer Form bringen Klima und "obwaltende Verhältnisse" diese und jene Führungsgestalten zum Schwitzen. Schauen wir dem sommerlichen Treiben also möglichst von einem schattigen Plätzchen aus zu. Da die heutige Ausbeute an Gerichtsentscheidungen auch unter Sommerdürre leidet, politisieren wir etwas mehr.

Heute hier dabei:

EU: Die (Urgroß-)Mutter aller Wahlen (2)
GroKo: Auf Grund(-rente/ -steuer) gelaufen?
Bundestag: Hammel ohne Sprung (Kampf gegen rechte Mathematik)
VW/ Porsche: Gehaltsgrenzen für freigestellte Betriebsräte?
BGH: Fristwahrung bei PC-Fax
BGH: EGVP reicht nicht mehr
BVerwG: negativer Kompetenzkonflikt zwischen Rechtswegen
BMVg/ Bundestag: "BwEinsatzBerStG" beschlossen
Aus dem (Fach-) Blätterwald
Vorsicht (unfreiwilliger) Humor!
Neues aus dem Bandler-Block: Berateraffäre und mehr
In eigener Sache: Kommentare und Seminare

EU: Die (Urgroß-)Mutter aller Wahlen (2)

Am 23./26. Mai wurde das Parlament der EU (EP) neu gewählt. Das offizielle [Wahlergebnis](#) verteilte die EU. In [Deutschland](#) blieb die Union vorn, rutschte aber außerhalb Bayerns kräftig ab, die SPD sackte wie befürchtet weg und die Grünen wurden von den Medien zur neuen Volkspartei ausgerufen. Die Plattform "election.de" machte sich die Mühe, die Ergebnisse auf die [Bundestags-Wahlkreise](#) genau zu rechnen und erstellte daraus eine freundliche [Gewinner-Karte](#). Nur mühsam nahm die grün erregte deutsche veröffentlichte Meinung zur Kenntnis, dass EU-weit die [Nichtwähler und Wahlverweigerer](#) die klar stärkste "Partei" wurden: die Wahlbeteiligung betrug in der Slowakei etwa müde 13 % (dazu gibt es einen schrillen "Wahlwerbespot" des TV-Komikers [Serdar Somuncu](#)).

Nationalistische Parteien holten insgesamt etwa 20 % der Sitze, während die Grünen europaweit bei 9 % hängen blieben (und z.B. in Schweden regelrecht abstürzten). Übel erwischte es die Regierung in [Großbritannien](#), wo die regierenden Konservativen (trotz Verhältniswahlrecht) bei 4 von 73 Sitzen landeten und PM Theresa May dann ganz gegen ihre Art doch noch hinschmiss. In [Österreich](#) schadete das Ibiza-Video der rechten FPÖ nicht wirklich, im Gegenteil stimmten die Alpen-Öhis FPÖ-Dressman HC Strache sogar auf Platz 1 der Liste, worauf der aber das Mandat nicht annahm. Stattdessen versenkte man die Regierung und wird nun bis Herbst von einer "Expertenregierung" unter Führung der Verfassungsgerichtspräsidentin regiert.

Nach der Wahl ist alles so verworren wie immer. Die [Spitzenposten](#) werden nicht im Parlament gewählt, sondern von den Staatschefs im Rat ausgekegelt, und (fast allein) in Deutschland schlagen die Kommentatoren Salto, weil die offiziellen "Spitzenkandidaten" der Parteien dabei kaum eine Rolle spielen (spaßig dabei: regelmäßig wird dabei für Spitzenkandidaten der Parteien getrommelt, die gar nicht Wahlsieger geworden sind).

National wurde in [Bremen](#) die CDU nach 73 Jahren knapp aber erstmals stärkste Partei. Doch klammert die abgewatschte SPD am Sessel und versucht es nun mit "rot-grün-dunkelrot" im Westen. Derweil verzockte sich SPD-Chefin [Nahles](#) beim internen Machtpoker und warf dann Partei- und Fraktionsvorsitz hin; nun beklagen die Kühnerts, die bisher gegen sie gestänkert haben, mangelnde Umgangsformen; man setzte als Übergang auf ein Trio Dreyer/ Schwesig/ Schäfer-Gümbel ein, das nun andere als Doppelspitze sucht, weil anscheinend niemand (auch das Trio selbst) sich die Karriere versenken möchte, indem er/ sie den SPD-Vorsitz allein

übernimmt. Man ahnt nichts gutes, wie das GroKo-Spiel nach den Landtagswahlen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen weiter geht, wo die SPD aktuell teils bei 7-8 % taxiert wird, die AfD dagegen stets bei 20-25 % und vielleicht 1-2x als stärkste Partei.

Es rumort auch in der Union, wo Chefin [AKK](#) einräumt, „zu viele Rücksichten genommen“ zu haben. Die Grünen bejubelten sich frenetisch und kamen dann zu der Erkenntnis, dass es das eigene Wahlergebnis fördert, wenn man aus der Opposition fordern kann, ohne liefern zu müssen; also hat der "grüne Kennedy" [Habeck](#) demonstrativ kein Bedürfnis, den Reden schnell Regierungs-Taten folgen zu lassen. Da wurde selbst die alternative [taz](#) sauer, bezichtigt die Grünen opportuner Beliebigkeit und mutmaßt das Ende des Hypes, sobald die Wähler merken, dass das Geld und die Verhaltensänderungen für die grünen Klimawandel-Lösungen bei ihnen selbst eingesammelt wird und nirgendwo sonst.

Top-Act der Klimawandel-Erregung: Spiegel-Kolumnist Stöcker berichtet eine [BMU-Umfrage](#), wonach nur 14 % der Bürger meinen, die Bundesregierung tue halbwegs genug gegen den Klimawandel; in der gleichen Umfrage meinen 19 %, dass die Bürger selbst halbwegs genug täten. Schlussfolgerung: 86 % der Bürger meinen, dass sich die Bundesregierung genauso verhält, wie 81 % der Bundesbürger es ihr vormachen. Eigentlich ein leuchtendes Beispiel gelebter Demokratie (zu deutsch: Volksherrschaft), wenn es nicht so makaber wäre.

GroKo: Auf Grund(-rente/ -steuer) gelaufen?

So machte sich die Regierung noch vor der Sommerpause zu gesetzgeberischen Taten auf. Bei der Grundrente (mit oder ohne Bedürfnisprüfung) ist aber Stillstand wie zuvor. Dafür einigte man sich bei der kraft Urteil des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) zum 31.12.2019 fälligen Reform der Grundsteuer darauf, dass man sich nicht einigen kann. Minister Scholz zimmerte ein Gesetz mit der Erlaubnis für die Länder, auch andere Regeln zu machen. Bayern kündigte gleich an, das zu tun. Gag am Rande: das bundeseinheitliche EDV-Programm für die neue Grundsteuer schreibt die Finanzverwaltung Bayern, die es gar nicht brauchen wird.

Bundestag: Hammel ohne Sprung (Kampf gegen rechte Mathematik)

Wie verzweifelt der "Kampf gegen rechts" manchmal daher kommt, zeigte sich, als in einer Marathon-Sitzung über Mitternacht hinaus am 28. Juni gegen 1.30 Uhr die AfD fehlende Be-

schlussfähigkeit des Bundestages rügte. Notwendig sind 355 MdB im Saal, die TV-Videos zeigen eindeutig allenfalls 80-100 Abgeordnete. Die grüne Vizepräsidentin Claudia Roth verweigerte den vorgeschriebenen [Hammelsprung](#), indem sie erklärte, nach Augenschein sei der Bundestag beschlussfähig. Man stimmte weiter ab bis kurz vor 2.30 Uhr, die AfD wird vermutlich beim BVerfG dagegen klagen. Die Verfassungsrichter werden dann entscheiden müssen, ob Bundestagspräsidenten die Grundrechenarten im Zahlenraum bis 100 beherrschen können sollten oder nicht.

Der Antrag war freilich eine Niggeligkeit der AfD, als Retourkutsche dafür, dass wieder einmal ein Vorschlag für den Vizepräsidenten-Sitz der Partei abgelehnt wurde; dennoch unwahrscheinlich, dass der "Kampf gegen rechts" mit derart plumpen Rechtsbrüchen Erfolg hat. Man stelle sich vor, wie gerade Frau Roth die Mikrofone befüllen würde, wenn so was im türkischen Parlament in Ankara vorkäme. Niemand kann glauben, dass mit solchen Aktionen irgendein Frustwähler in die Hammelherde der anderen Fraktionen zurückgeholt wird. Wer der AfD gratis die Opferrolle spendiert, macht Wahlwerbung für sie, auch wenn er/sie damit Eitelkeiten eigener Stammwähler bedient. Geistige Beweglichkeit der besonderen Art oder einfach nur Verlust der Bodenhaftung, wie solche "Politik" wirkt? Egal, die AfD freut es.

VW/ Porsche: Gehaltsgrenzen für freigestellte Betriebsräte?

Freigestellte Personal- und Betriebsräte werden "nachgezeichnet" und sollen die Karriere machen, die sie plausibel auch ohne die Freistellung gemacht hätten. Bei den Auto-Konzernen kommen dann, der IG Metall sei Dank, auch einfache Schlosser wie Bernd Osterloh (VW) und Uwe Hück (Porsche) auf "fortgezahlte" Gehälter von 300.000 bis 500.000 € jährlich. Das wird jetzt schwierig. Bei [Osterloh](#) ermittelt die StA Braunschweig gegen VW-Vorstände, weil sie die überhöhten Betriebsrats-Gehälter bei der Steuer abzogen und damit das Finanzamt beschissen hätten. Bei [Porsche](#) fielen sage und schreibe 186 Ermittler ein und ermitteln wegen des Gehalts von Ex-Betriebsrats-Chef [Hück](#), der inzwischen im Stadtrat von Pforzheim "die SPD rettet". Auch hier geht es formal gegen die Vorstände des Unternehmens.

Im öffentlichen Dienst gäbe es da analog bestenfalls Veruntreuung von Haushaltsmitteln. Aber real gibt es das - jedenfalls mit diesen Beträgen - nur bei Konzernbetriebsräten.

BGH: Fristwahrung bei PC-Fax

Der Bundesgerichtshof (BGH) hält daran fest, dass bei Einreichung einer Rechtsmittelbegründung per mail mit angehängtem PDF des Schriftsatzes dieser erst dann beim Gericht eingegangen ist, wenn er vollständig und mit Wiedergabe der Unterschrift ausgedruckt ist. Es genügt nicht, wenn die Mitteilung innerhalb der Frist gesendet, aber erst später ausgedruckt wird. Also Vorsicht bei Tücken der Technik.

Quelle: Beschluss des BGH vom 8.5.2019 – [XII ZB 8/19](#)

BGH: EGVP reicht nicht mehr

Kurz darauf machte der BGH auch das bisher beliebte Mail-Programm EGVP platt, indem er feststellte, dass die "Container-Signatur" bei EGVP seit 1.1.2018 nicht mehr den Anforderungen an eine "qualifizierte Signatur" von Mails genügt. Es muss also das neue "beA" sein. Im Zweifel muss dann doch das gute alte Fax brummen.

Quelle: Beschluss des BGH vom 15.5.2019 – [XII ZB 573/18](#)

BVerwG: negativer Kompetenzkonflikt zwischen Rechtswegen

Das Bundesverwaltungsgericht (BVerwG) musste sich mit einem juristischen Exoten plagen. Wollen mehrere Gerichte über eine Klage nicht entscheiden, weil sie sich für unzuständig halten, besteht ein "negativer Kompetenzkonflikt". Dann muss ein gemeinsames Obergericht entscheiden, welcher Richter sich mühen muss. Gehören die Gerichte verschiedenen Rechtswegen an (z.B. Arbeitsgericht und Verwaltungsgericht, Verwaltungsgericht oder Sozialgericht), gibt es kein gemeinsames Obergericht. Nun erklärt das BVerwG: Dann muss das oberste Gericht der Gerichtsbarkeit entscheiden, bei dem die Sache zuerst anhängig gemacht wurde.

Quelle: Beschluss des BVerwG vom 10.4.2019 – [6 AV 11.19](#)

BMVg/ Bundestag: "BwEinsatzBerStG" beschlossen

Das Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) will bekanntlich die Einsatzbereitschaft der Armee stärken, vor allem mit finanziellen Leckerchen (zum Zungenbrecher „Bundes-

wehreinsatzbereitschaftsstärkungsgesetz“ siehe Gesetzentwurf in BT-Drucksache [19/ 10682](#)). Die Ministerialen sahen dabei auch die Gelegenheit, die Attraktivität der Bundeswehr zu erhöhen, indem sie just 2016 beschlossene Mitbestimmungsrechte der Soldaten wieder zerschlugen und einige Nettigkeiten in die Wehrdisziplinarordnung und andere Gesetze einbauden. Das fiel beim Umfang des Entwurfs im Parlament nicht groß auf, auch nicht bei der Opposition. Der Bundestag winkte das Gesetz mit viel Eigenlob durch.

Quelle: BT-Plenarprotokoll [19/104](#), S. 12703 ff..

Aus dem (Fach-) Blätterwald

Die "Personalvertretung" enthält in Heft 5/2019 Abhandlungen über die Grundsätze von Pflegezeit und Familienpflegezeit (M. Tamm) sowie Anwendungsprobleme des Benachteiligungsverbots (S. Braun). Und eine Korrektur: Die zuletzt für "Heft 4/2019" berichteten Beiträge befinden sich tatsächlich in Ausgabe 6/2019 - sorry!

Heft 6/2019 des „Personalrat“ hat als Titelthema "Dienstvereinbarungen" mit Beiträgen zu den Rechtsgrundlagen (P. Berg), Datenschutz in Dienstvereinbarungen (P. Wedde) und Grenzen der Inhalte (M. Wolmerath); daneben geht es um Probleme des Datenschutzes im Personalrat (A. Thannheiser); hinzu kommt die Rechtsprechung zum Personalvertretungsrecht 2018 (B. Burkholz).

Vorsicht (unfreiwilliger) Humor!

Einfach zu gut zum nicht-erwähnen ist ein Interview, das die alternative "[taz](#)" am 12. Juni in ihrer Reihe "FUTURZWEI" veröffentlichte. Dort outet sich die bekennende Feministin und Unternehmerin Svenja Flaßpöhler als weiße Hetero-Frau in Führungsposition, leidet an fehlendem Minderheitsstatus und beklagt sich über die "militante Intoleranz von dauerbeleidigten Identitätslinken". Irgendwie beklemmend wahr.

Neues aus dem Bandler-Block: Berateraffäre und mehr

Der [Untersuchungsausschuss](#) zur Berater-Affäre wird vor der Sommerpause hektisch, nicht der Vorgänge wegen, sondern zur Freilegung von persönlichen Freundschaften.

Es hilft wenig, dass gleichzeitig auch bei der [Bahn](#) merkwürdige Beraterverträge aufflogen.

Im Timing richtig gut lagen da rund 50 Führungskräfte des bw-eigenen "[Fuhrparkservice](#)", die sich bei einem Carsharing-Programm illegal selbst bedienten, nachdem sie sich für den Wegfall der Dienstwagen hatten entschädigen lassen - niemand regt sich auf.

Derweil wird die "Gorch Fock" dann doch noch zu Wasser gelassen. Und die Bundeswehr bekommt einen Airbus als "[Missionsflugzeug](#)" für die ohnehin kaum noch effektive Rüstungskontrolle; der Vogel ist der Ersatz für die 1997 (!), also vor 22 Jahren, vor Namibia abgestürzte [Tupolew 154](#).

Nachdem die Nachwuchswerber schon mit Gags wie "Job fürs Volk wagen" (bei VW) und "Job Fort?" (bei Ford) für Ärger gesorgt hatten, griffen sie nun bei den Handwerkskammern ins mediale Klo, als sie die Armee mit dem Spruch "[Gas, Wasser, Schiessen](#)" bewarben. Im BAPersBw heißt es anscheinend: tot ist nur, über wen gar nicht mehr berichtet wird.

Und als ernsthafter Schluss: Die NATO arbeitet an einer [Militärstrategie](#), die auch neue Bedrohungen abbildet. Vertiefte Interessenten gönnen sich die [Frage-Antwort-Runde](#) mit Generalsekretär Stoltenberg und GB-Außenminister Hunt.

In eigener Sache: Kommentare und Seminare

Die Kommentierung zum SBG 2016 ist im Buchhandel und beim [Verlag](#) verfügbar.

Hinweis für VP und Personalräte: Wer die Rechnung beim Dienstherrn abladen möchte, muss eine Beschaffung über die Dienststelle eintüten. Nicht gesetzmäßige Ablehnung der Beschaffung ist beschwerdefähig nach § 17 SBG; der Anwalt Ihres Vertrauens freut sich.

Ausbildung für VP und Personalräte: Aber sind die Dienststellen nach § 20 Abs. 5, § 62 Abs. 3 SBG verpflichtet, ihre VP und Personalräte aus- und fortzubilden.

Wir kommen gerne auch zu Ihnen für eine „in-house-Ausbildung“. Abrechnung lässt sich sachgerecht gestalten, wozu gibt es schließlich das Schulungs-Rundschreiben des BMI. Seit 21.1.2019 dürfen Personalräte das auch für Soldaten ganz offiziell (siehe oben).

Für den militärischen Bereich: Es hilft, wenn Sie dem S1/ G1 mit einem unterschriftsreifen Ausbildungsbefehl kommen (Sie dürfen gerne Muster-Pläne für 2 oder 3 Tage anfordern). Die Abwicklung liegt dann bei Ihrem BwDLZ. Funken Sie uns einfach per mail an.

Gleiches gilt auch für alle anderen Fortbildungen, die wir können und Sie interessieren.

Vielen Dank für Ihr Interesse, für Lob, Kritik und Verbesserungsvorschläge. Wie stets danken wir gern für Hinweise auf nicht veröffentlichte Entscheidungen (und neue Leseratten).

Dr. Andreas Gronimus, Bonn,

Ihr verlässlicher Berater vor Gericht,
und ebenso davor, danach und für außergerichtliche Ratschläge:

Dr. Baden & Kollegen Rechtsanwälte GbR
Koblenzer Straße 96, 53177 Bonn
Telefon 0228/ 935 996 - 0
Telefon 0228/ 935 996 - 99
E-Mail: Kanzlei@baden-kollegen.de
Homepage: <http://www.baden-kollegen.de>

